



Nachrichten

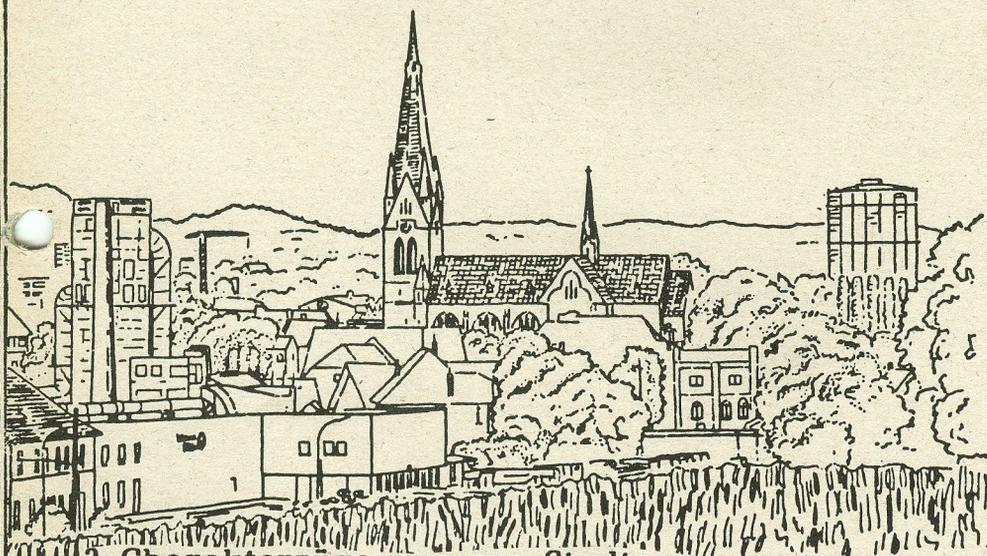
Unabhängige
Wählergemeinschaft
Georgsmarienhütte

r. 10

September 1986

6. Jahrgang

Einladung an alle Interessierte zu den
B ü r g e r v e r s a m m l u n g e n
10.9.1986, 20.00 Uhr, Gastst. Uthmann
18.9.1986, 20,00 Uhr, Gaststätte Döll



3 Charakterzüge unserer Stadt:

Klößner, P & P und OMI - Wiemann
(vom n o c h un bebauten Esch aus gesehen)

Gmhütter Rechnungsprüfungsamt warnt: "Schulden erreichen bedenklichen Höchststand!"

CDU zerrüttet Stadtfinanzen ...

Mit einer deutlichen Mahnung nahm das stadt-eigene Rechnungsprüfungsamt kürzlich zu der Verschuldung der Stadtkasse Stellung: Mit über 64 Mio. DM und 2129 DM pro Kopf sei ein **"bedenklicher Höchststand"** erreicht. Vergleichbare Gemeinden lägen bei nur 1398 DM.

Gmhütter Mißwirtschaft ...

Dabei blieb es aber nicht: Ende 1986 werden die Schulden auf erheblich über 70 Mio. und dann ca. 2300 DM pro Kopf gestiegen sein. Noch nicht einmal eingerechnet sind die zahlreichen Grundstücksverkäufe der letzten Jahre. Dieser schlimme Schuldenhöchststand dokumentiert die Mißwirtschaft der Gmhütter CDU (von der SPD im wesentlichen mitgetragen). Jedermann fragt sich, wie dies in einer Zeit geschehen konnte, da die Bundes-CDU gegen die SPD-"Erblastschulden" zu Felde zog. Es wird ganz einfach so sein, daß die Gmhütter CDU schlechter mit dem Geld umgehen kann als die Kollegen im Bund.

Worte und Taten - 25% ...

Noch bei der 1976'er Kommunalwahl warb die Union in Hütte für "Bescheidenheit und Sparsamkeit". 1981 prahlte BM Siepelmeyer in einem auf die Bundes-SPD gemünzten Artikel "Droht uns der Staatsbankrott?" damit, die Verschuldung der Stadt sei gesenkt worden. Das Blatt hat sich in den letzten fünf Jahren gewaltig gewendet! Die **Schulden** stiegen um ca. 25%.

Galoppierende Verschuldung ...

Man erinnere sich an die Anti-Schulden Kampagnen der CDU zu Beginn der 80'er Jahre, an das Wort der deutschen Bischöfe gegen die Belastung der kommenden Generation wegen der galoppierenden Verschuldung. Zählt das alles heute nicht mehr?

CDU verlernt das Haushalten ...

Ein beliebtes Ablenkungsmanöver ist es, die Schulden auf den Grundstückskauf von Klöckner (Stranggießanlagenfinanzierung) zu schieben. Diese Ko-

sten erhält die Stadt aber vom Land im wesentlichen erstattet. Tatsächlich jedoch haben sich die Schulden summiert durch zu viele Großprojekte auf einmal, durch Bau großzügiger und breiter Straßen und dadurch, daß man die Ausgaben nicht an die Einnahmen anpassen konnte. Mit anderen Worten: Die CDU hat das Haushalten verlernt!

Schulden verhindern neue Arbeitsplätze

Man muß sich einmal die Konsequenzen vor Augen führen: Der jetzige Sillenberg wird jährlich 4,5 Mio DM Zinszahlung erfordern: 4,5 Mio., die jährlich nicht mehr investiert werden können - ein Betrag, mit dem 800-1000 Arbeitsplätze zu finanzieren wären!

CDU lehnt Sparvorschläge ab ...

Die UWG kritisiert aber nicht nur. Bei den jeweiligen Haushaltsberatungen haben wir in den letzten Jahren ca. 300 detaillierte Einsparungsvorschläge gemacht. Über 8 Mio. DM hätten dadurch weniger aufgenommen werden brauchen.

Unfähig zur Konsolidierung ...

Eines scheint sicher: Die in dieser Zeit vom Bürgermeisterkandidaten Tegele geführte CDU-Fraktion dürfte kaum in der Lage sein, die zerrütteten Finanzen unserer Stadt wieder in Ordnung zu bringen.

Der Stop der Neuverschuldung bleibt aber ein Hauptanliegen der UWG.

In letzter Minute: CDU/SPD wollen Rats-Diäten anheben !

Kurz vor Schluß der Ratperiode befaßte sich der Verwaltungsausschuß jetzt mit einer möglichen Anhebung der "Entschädigungen" für die Ratsmitglieder. Die jetzigen Sätze bestehen zwar seit 1973, waren aber damals z.T. über 50% überhöht. Normale Ratsmitglieder erhalten monatlich im Durchschnitt 220 DM, Fraktionsvorsitzende 500 und der Bürgermeister 840 DM. Während CDU/SPD Zustimmung zu einer Erhöhung signalisierten, votierte die UWG gerade wegen der städtischen Hochverschuldung gegen eine Anhebung.

Das große Geheimnis von CDU und Stadtdirektor: Rathausneubau in Gmhütte Bürger fragen besorgt: Schon wieder Millionenprojekt auf unsere Kosten ?

"Rathausneubau und Ladenzentrum" ...

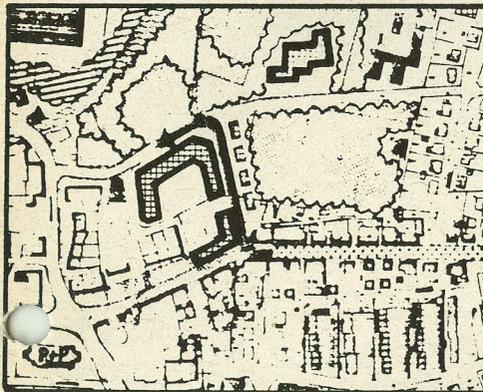
Bei der Vorstellung eines Einzelhandelsgutachtens wurde im Juni manchem staunenden Ratsmitglied folgende "Innenstadtmaßnahme" untergejubelt: "Für die Entwicklung der Innenstadt erscheint der geplante Rathausneubau sinnvoll, verbunden mit einem Ladenzentrum im Erdgeschoß." Auf eine erstaunte Frage erwiderte Stadtdirektor Janning, der Rat selbst habe doch in dem vorherigen Architektenwettbewerb diese Vorgabe veranlaßt.

Interne Planung: 4700 m²

Was manche als Plan für die Zeit nach der Jahrtausendwende gesehen hatten, verstand der neue Stadtdirektor als konkreten Arbeitsauftrag: Ohne eine grundsätzliche Entscheidung des Rates ließ er schon einen Raumplan erstellen. Ergebnis: Für ein "neues einheitliches Verwaltungsgebäude" sind 4700m² notwendig (jetzt):

Zum Hochgehen ...

Auch in der Sanierungsplanung der Nieg wurde der Rathausneubau auf dem



Kirmesplatz angedeutet (siehe Plan). Das Einzelhandelsgutachten wird konkreter: Im Erd- und Untergeschoß sollen 3100m² Geschäftsfläche entstehen. Die Bürger, die ins Rathaus wollen, müssen sich dann schon in die höheren Etagen bemühen. Bei 1500m² Grundfläche sind 4 - 5 Geschosse erforderlich. Ein derartiges Projekt wird nicht unter 10 Mio DM zu haben sein.

CDU besichtigt Rathausneubauten ...

Von dem 4700m²-Plan erfuhr die UWG jedoch nur inoffiziell: Als sie den Stadtdirektor im Verwaltungsausschuß am 6.8. hierzu befragte, wollte er weder bestätigen noch dementieren. Auch die CDU hüllte sich in Schweigen. Es drang lediglich durch, daß sie kürzlich bereits anderorts Rathausneubauten besichtigte.

Warum keine klaren Auskünfte?

In der nichtöffentlichen Sitzung des Planungsausschusses am 25.8. wurde der Antrag der UWG, auf weitere Planungen für einen Rathausneubau zu verzichten, zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen. Aus der CDU wurde unterstrichen, der Rat habe sich mit seinen Vorgaben im Ideenwettbewerb zur Rathausneubauplanung bekannt.

Auf einen weiteren UWG-Antrag im Rat am 2.9. ließen CDU und SPD-Fraktion gemeinsam durch BM Siepelmeyer erklären, die UWG behandle das Thema allein aus wahltaktischen Gründen. Es gebe derzeit drängendere Probleme als den Rathausneubau.

In dem anschließenden Gespräch stand das Projekt Ladenzentrum im Rathausneubau dann aber wieder auf der Tagesordnung.

Was die UWG dazu meint ...

Ein Rathausneubau wäre schön und gut, wenn die Stadt das Geld dazu hätte. Bei über 70 Mio. DM Schulden kann davon aber keine Rede sein. Finanziert werden könnte dies nur unter enormen Lasten für die Bürger.

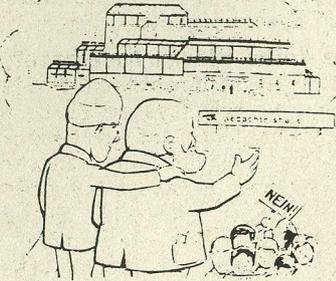
Im übrigen hat sich der Rat die Verwaltung in jüngster Zeit einiges kosten lassen: Das Gebäude Heuer/Frenzel wurde für einen Millionenbetrag gekauft, das Gebäude II wurde für ca. 200.000 DM renoviert und nach jüngsten umfangreichen Stellenänderungen erfolgten weitere Umbaumaßnahmen.

Rat und Verwaltung haben allen Anlaß, in Sachen Bescheidenheit und Sparen mit gutem Beispiel voranzugehen und viele seit langem versprochene Vorhaben zu realisieren.

Heinrich Bartelt

430.000 in den Sand ...

Es war vor nicht einmal 4 Jahren: Da wurde in Gmhütte die Mehrzweckhalle geplant. Um dem Bürger den stadthalenähnlichen Charakter dieses Gebäudes zu verheimlichen, nannte die CDU es "Schulsporthalle". Zum Bau kam es nicht, aber die Planung verschlang mindestens 430.000 DM.



Man stelle sich vor: **430.000 DM Steuer-gelder**, nutzlos verschwendet, ohne Gegenwert, zum Fenster herausgeworfen, und dies blieb ohne Konsequenzen!

Mit 20:19 wurde das 8 Mio-Projekt vom damals noch einigen Gespann Siepelmeyer/Lunte/Tegeler/Rahenbrock durchgepeitscht.

Wer solch mutigen Einsatz von Steuer-mitteln begrüßt, wähle weiterhin CDU, neue Großprojekte erwarten uns ...

Siepelmeyer kritisiert: "CDU hat sich sehr, sehr zum Nachteil entwickelt"

Die wohl schwächste Ratsperiode der Gmhütter CDU steht vor dem Ende: Ein großer Teil der Versprechungen des CDU-Wahlprogramms wurde nicht erfüllt. Man fragt sich, welches Programm der CDU-Fraktionsvorsitzende Tegeler gelesen hat, das er in der NOZ kürzlich als zu "90% erreicht" bezeichnete.

Hinzu kommt, daß seine Fraktion den schwersten Herausforderungen nicht gewachsen war. Hätten in der dominierenden Thematik "Großmärkte" SPD und UWG das Ruder nicht in die Hand genommen, wäre die CDU total handlungsunfähig gewesen.

Trotz starken Engagements einiger Unentwegter in der CDU, die der Nahversorgung durch kleine und mittlere Betriebe eine Chance geben wollten, ge-

lang es BM Siepelmeyer, sie zu bremsen und die Fraktionsmehrheit auf die Supermärkte einzuschwören.

Als die CDU-Minderheit in dieser Frage mit SPD und UWG zusammenzuarbeiten begann, schreckte Siepelmeyer auch vor härtestem Tobak gegen seine eigene Fraktion nicht zurück:

Georgsmarienhütte. Die Politik der Mehrheit des Rates hält Ludwig Siepelmeyer derzeit für unfair und fatal.

einmal möglich ist, bin ich schon viel zu lange Bürgermeister. Irgendwann gehen die Ideen aus, Irgendwann kennt man auch zu viel von den Hintergründen. Ich muß zum Schluß auch noch einen ganz entscheidenden Grund sagen: Das Klima im Rat und auch in der eigenen Fraktion ist so viel schlechter geworden, daß mir der Entschluß, aufzuhören, im Nachhinein leichter geworden ist.

Frage: Welche Chancen geben Sie bei den kommenden Wahlen den Unabhängigen im Rat von Georgsmarienhütte?

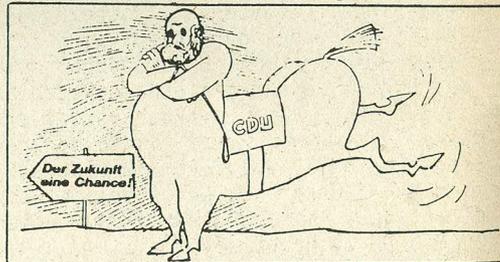
Antwort: Ich hoffe, daß die Chancen der Unabhängigkeit gering sind, denn das schlechte Klima im Rat und auch viele nicht durchgeführte Vorhaben sind nach meiner Ansicht auf den unheilvollen Einfluß der UWG, insbesondere einer Person der UWG, zurückzuführen. Wobei sich natürlich der unbefangene Betrachter fragen muß, wieso sich denn ein Rat aus 39 Mitgliedern von drei Mitgliedern in seinen Entscheidungen beeinflussen läßt. Wer das fragt, der kennt allerdings die Möglichkeiten der Stimmungsmache, und die Möglichkeiten von verschiedenen Koalitionen in einem Rat, in dem es nicht den Fraktionszwang gibt, nicht. Deswegen hoffe ich, daß der Einfluß der Unabhängigen geringer wird.

macht. Der gerade verabschiedete Stadtdirektor Rolles war ein hervorragender Mätreiter, der Rat hat mitgezogen, die Fraktion hat mitgezogen. Das ist jetzt vorbei.

anzugehen. Aber der Hauptgrund für meine Resignation ist, daß die Verhältnisse im Rat und in der Fraktion sich sehr, sehr zum Nachteil entwickelt haben.

(Auszug aus einem NOZ-Interview vom 3.12.)

Daß Hans Tegeler sich zu der "sehr, sehr nachteiligen" Entwicklung seiner Fraktion noch nicht geäußert hat, ist nicht unbedingt ein Zeichen von Handlungsfähigkeit. Die Schwäche ist offenkundig. Daß die CDU darüberhinaus die beiden Ratsmitglieder Vogt und Eggert, die zu den engagiertesten gehörten, auf hintere Listenplätze verwies, gibt ein weiteres Zeugnis von der inneren Perspektivlosigkeit der Gmhütter Union. Die CDU ist nicht mehr regierungsfähig.



„Brr! Verflixter Gaul, bleib stehen!“

5 Jahre UWG-Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit

Vor 5 Jahren wurde die UWG mit 8,8% der Stimmen und mit 3 Ratsmitgliedern erstmals in den Rat gewählt. Sie wollte frischen Wind ins Rathaus bringen und mehr Bürgernähe verwirklichen. Obwohl sie noch neu waren, hatten sich die drei UWG'ler recht schnell eingearbeitet.

Daraufhin bestimmten ihre Aktivitäten schob bald einen Großteil der Ratsarbeit. Mit bisher über 60 ausführlichen Einzelanträgen kamen bei weitem die meisten Initiativen von der kleinsten Ratsfraktion (für verschiedene Maßnahmen zur Bürgernähe, für Umweltschutzaktivitäten, Verkehrsberuhigung, Radwegbau, Sozialmaßnahmen, Denkmalpflege usw.)

25 Anträge wurden von der SPD und 19 von der CDU mitgetragen. **Abgelehnt von CDU und SPD** wurden z.B.:

- eine vertragliche Absicherung der Klöckner-Arbeitsplätze als Gegenleistung für finanzielle Hilfen zum Bau der Stranggießanlage;
- Aktivitäten gegen den Bau der Autobahn 33;
- eine schnellere Realisierung der Verkehrsberuhigung Kiewittsheide und Oesede-Mitte;
- Verzicht auf den Neubau des städtischen Bauhofs;
- eine radikale Senkung der Verschuldung.

Allein zum letzten Bereich machte die UWG etwa 300 ausgearbeitete Einzelvorschläge, von denen nicht einmal 10% akzeptiert wurden.

Wir haben versucht, mithilfe unserer UWG-NACHRICHTEN die Ratsarbeit öffentlich zu machen. Wir haben durch unsere Veröffentlichungspolitik Druck auf die Stadtspitzen ausgeübt, von mancher krummen Tour abzulassen. Teils ohne, teils mit Erfolg.

Der Exponent der überdrehten Gmhütter Politik der 70'er Jahre, der sich nicht mehr ändern konnte, tritt jedenfalls ab. Aber was kommt nach Siepelmeyer?

Wie auch immer: Die Unabhängige Wählergemeinschaft wird versuchen, den weiteren Weg unserer Gemeinde positiv mitzugestalten.

Die Sache mit den Schildern...

Besucher erreichen uns oft von Nahen über die B 51. Gmhütte ist dort ausgeschildert. Der nächste Hinweis lautet auf "Gmhütte-Mitte". Man stößt dann automatisch auf die neuen Supermärkte, die wahrscheinlich die neue "Stadtmitte" prägen sollen. Von geschichtlich gewachsenen Ortsteilen hier keine Spur. Wenn man als Unkundiger nach rechts abbiegt, kommt man in den auf vielen Straßenkarten verzeichneten Ort Malbergen. Am Ortseingang steht jedoch das Schild "Gmhütte, Landkreis Osnabrück"?! Toll, also ist man hier wohl in der City? Aber von Rathaus, Post und Polizei keine Spur! Es ist wohl so, wie ein führender Verwaltungsbeamter neulich sagte: "Malbergen existiert für uns offiziell nicht".

Den Faden kann man weiterspinnen. Normalerweise sind die Ortstafeln gelb. Aber dann findet man z.B. eine weiße mit der Aufschrift "Alt-Gmhütte". Oder an der Karolinenhöhe, daß dort der Ortsteil Oesede beginnt; darauf wieder "Gmhütte-Ende". Ähnliche Unklarheiten finden sich auch in Dröper, Holsten-Mündrup oder Holzhausen.

Wenn bei den Supermärkten und Gewerbegebieten, die erst relativ kurze Zeit vorhanden sind, derart massiert Schilder aufgestellt sind, könnten dann nicht wenigstens auch die gewachsenen Stadtteile richtig ausgeschildert werden? Gibt es nicht sogar einen Erlass, daß die alten Ortsnamen erhalten bleiben sollen?

Es gibt also einiges aufzuarbeiten. Ich mache einen Vorschlag: Jeder der ausscheidenden Ratsmitglieder oder höheren Beamten kann eines dieser nichtsagenden Schilder "Gmhütte, Landkreis Osnabrück" als Andenken mit nach Hause nehmen...

Aber im Ernst: Die Schilder mit den alten Ortsnamen (in groß) und dem Namen der Stadt (in klein) sollten wenigstens Stück für Stück wieder aufgestellt werden!

Burkhard Harling

UWG: Abscheu über Anschlag auf Janning

Die UWG ist tief betroffen über den Gasanschlag auf die Familie und das Haus von Stadtdirektor Dr. Janning. Bisher Unbekannte hatten bekanntlich eine Gasflasche in das Haus des Stadtdirektors gebracht, die am Sonntag, den 24.8., explodiert wäre, hätte Janning sie nicht eine Stunde zuvor entdeckt.

Sogleich nach Bekanntwerden der Tat äußerte der UWG-Fraktionsvorsitzende Bartelt in einem persönlichen Gespräch mit Dr. Janning seine tiefste Abscheu über den brutalen Plan.

Rückantwort in 5 Tagen!?

Den Bürgern des Osterberges wurde von der Stadt mitgeteilt, daß man beabsichtigt, für die restlichen Häuser, die aus dem Sanierungsplan herausgenommen wurden, einen Schmutzwasserkanal zu erstellen. Obwohl man dieser Maßnahme mit Interesse entgegenseht, weil die Auflagen des Umweltschutzes für die mit Klärgruben ausgestatteten Grundstücke immer größeren Umfang annehmen und eine Kanalisierung etwas Endgültiges sein wird, hätte man erwartet, daß die Betroffenen besser informiert würden. Es gibt doch jetzt eine Bürgerberatungsstelle!

So wurde in dem Schreiben der Stadt der Anteil jedes Anliegers auf 7500 DM festgelegt, gleichzeitig aber gefragt, welchen Betrag man zusätzlich noch zahlen wolle. Ein entsprechender Fragebogen sollte innerhalb von nur 5 Tagen zurückgeschickt werden.

Warum sollen die Anlieger des Osterberges mehr bezahlen als andere Eigentümer und als satzungsgemäß festgelegt ist? Gibt es hierfür nicht vom Land Zuschüsse?

In dichtbesiedelten Stadtteilen ist der Bau eines Kanals doch wahrscheinlich mindestens kostendeckend. Es ist unfair, die Mehrkosten wegen der "Streulage" der Häuser am Osterberg auf die Anlieger abzuwälzen.

Ferdinande Mühl

Neu in der Bürgerberatungsstelle: Ratspapiere öffentlich ausgelegt

Seit einigen Wochen ist nun die neue Bürgerberatungsstelle der Stadt eröffnet. Bürgerberater ist Herr Manfred Frühling (Tel. 491199). Er versucht kommunalpolitische Anliegen auch ohne Beachtung strenger Zuständigkeitsbereiche zu beantworten bzw. an die richtige Adresse weiterzuvermitteln. Da es für Bürger in öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen häufig schwierig war, die Diskussion zu verstehen, beantragte die UWG, Einladungen und Niederschriften künftig öffentlich auszuliegen. Dem stimmte der Rat am 2.9. zu. Interessierte Bürger können künftig also ohne Gründe dafür angeben zu müssen die Ratsunterlagen in der Bürgerberatungsstelle einsehen. Die Termine der Sitzungen sind in den öffentlichen Bekanntmachungskästen ausgehängt.

Bernhard Fellhölter

Bernhard Fellhölter war einer der UWG-Leute der "ersten Stunde". Er war Mitglied der Christlichen Arbeiter-Jugend (CAJ) und nahm von dort aus schon 1978 an einem "Arbeitskreis Umweltschutz" im Edith-Stein-Haus teil.

Während seines Landschaftspflege-Studiums bekam er Kontakt zu den Naturschutzverbänden und arbeitete dort engagiert mit. Öffentliche Beachtung fand sein Engagement bei Vorlage seiner Diplomarbeit, die sich mit den ökologischen Folgen einer Verlegung der B 51 befaßte. Am 19.9.83 wurde hierüber in der NOZ berichtet.

Bei der Überarbeitung des UWG-Grundsatzprogrammes erstellte Bernhard Fellhölter die Entwürfe für die Bereiche "Bebauung" und "Umweltschutz".

Kurz darauf starb er an seiner schweren Krankheit, auf die er sich seit langem in seiner persönlichen Lebensführung eingestellt hatte. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und an seinen Zielen weiterarbeiten.

Tennenplatz: Wer hat gebremst?

Als in der letzten Ratssitzung ein fast einstimmiger Beschluß zur Planung der Sporthalle in Oesede-Süd gefaßt wurde, entstand eine Diskussion darüber, warum es mit der Planung des 2. Sportplatzes in Holzhausen nur schleppend vorangehe. CDU-Ratsherr Elixmann sprach es aus: "Vielleicht hat da ja einer ganz kräftig auf die Bremse getreten." Wer dieser einer war, war allen klar: Nachdem nun schon seit einem Jahr klar ist, daß der Platz unterhalb des Halbmond gebaut werden soll, brachte Ratsherr Tegeler immer wieder, noch kürzlich im August, einen Standort zwischen seinen eigenen Ländereien und D...smann ins Gespräch. Einigkeit macht stark, Uneinigkeit bremst ...

Leckerbissen für Interessierte: Kommunalpolitische Busrundfahrt

Wir laden alle interessierten Bürger ein zu einer kommunalpolitischen Busrundfahrt. Dabei sollen markante Punkte im gesamte Stadtgebiet angefahren werden. Es soll einmal gezeigt werden, was sich in den vergangenen Jahren alles verändert hat und wo neue Planungen und Veränderungen zu erwarten sind.

Die Fahrt findet statt am **Samstag, den 27.9.**, dauert etwa **drei Stunden** und kostet **5 DM**. Zur Kalkulation der Busgröße bitte **Voranmeldungen** bei Andre Tiemeyer (Tel **41559**) **bis zum 20.9.**

Die Teilnehmer werden am Zusteigeort wieder abgesetzt.

Zusteigemöglichkeiten:

- 10.00 Uhr Holsten Mündrup Niemann/Macke
- 14.03 Kloster Oesede Markt
- 14.05 Dröper Heuer
- 14.10 Egge/Luttman
- 14.13 Harderberg/Kreissparkasse
- 14.15 Oesede Marktplatz
- 14.18 Döll-Obermeyer
- 14.20 Hakeneschfeld/Parkfriedhof
- 14.23 Alt-Hütte/Brunnenstr./Kr.sp.kasse
- 14.25 Obere Findelstätte/Vege-Dütmann
- 14.30 Malbergen Alte Schule
- 14.35 Holzhausen/Sportplatz

Soviel kann schon verraten werden: Für kommunalpolitisch Interessierte wird die Fahrt ein "Leckerbissen".

Wußten Sie schon, daß ...

...in der CDU überlegt wird, die Bauplätze am Teckelhagen durch mehrere Hunderttausende Steuermittel zu verbilligen?

...daß es jetzt doch zusätzliche Mittel für private Lärmschutzmaßnahmen an der B 51 geben soll?

...daß etwa 40% des Verkehrs vom Industriegebiet Osterheide über die Straße "Auf der Masch" abgewickelt wird, aber Malbergen angeblich durch die neuen Supermärkte nicht merklich mehr belastet werden soll ??!

...daß bei der VHS-Veranstaltung über die Folgen von Tschernobyl, die extra wegen der CDU verschoben worden war, kein CDU-Vertreter erschien?

...daß die beiden von der UWG an das Land gerichteten Petitionen (in Sachen Teckelhagen und Verlegung von Galen Straße) abgebugelt wurden?

...daß die Stadt vom Arbeitsamt die Beschäftigung von 56 Menschen in zusätzlichen Arbeitsverhältnissen (ABM) genehmigt bekam?

...daß CDU-Ratsherr Rahenbrock nun doch nicht zur FDP übergetreten ist und als Vorstandsmitglied der Mittelstandsvereinigung demnächst auch ohne Ratsmandat an CDU-Fraktionsitzungen teilnehmen kann?

Neues UWG-Grundsatzprogramm

Am 14.8. beschloß die UWG ihr neues Grundsatzprogramm. Darin sind umfassende Aussagen gemacht zu allen Feldern der kommunalpolitischen Arbeit: (Demokratie und Bürgernähe/Bebauung und Verkehr/Arbeit und Wirtschaft/Umweltschutz/Finanzen/Soziales / Schulen, Jugend und Sport/Kultur).

Während die CDU auf ein ausführliches Programm verzichtet (man könnte ja daran gemessen werden) und die SPD lediglich Programme zu Teilbereichen vorgelegt hat, ist die UWG die einzige Gmhütter Fraktion mit umfassend dargestellten kommunalpolitischen Absichten (insoweit irrt Rainer Korte in der GiG von Juni 86).

Das Programm ist zu erhalten bei Andre Tiemeyer, Im Kohlsiek 2, Tel. 40538).

■ Mißbrauchtes "C" ...

Kommunalpolitisch ist die UWG für mich die einzige wählbare Alternative. Die SPD ist in meinen Augen nur ein Anhängsel der CDU-Mehrheit und hat zu wenig eigenes Rückgrat.

Da ich christlich erzogen bin, wäre die CDU eigentlich die Partei, die mich vertreten müßte. Sie mißbraucht jedoch das "C" in ihrem Titel und ist daher nicht wählbar. Es kann nicht angehen, daß Ratsherren in den Verdacht geraten, mit ihrer Mehrheit geschäftlich manipuliert zu haben.

Darüberhinaus sehe ich die Art und Weise, wie von der CDU desöfteren mit den UWG-Ratsmitgliedern umgegangen wurde, als unwürdig und undemokratisch an.

Die politische Situation in unserer Kleinstadt muß wieder sauber und korrekt werden.

Burchard Harling

■ Versorgungslücken in Oesede-Süd

Als Bewohnerin des Stadtteiles Oesede-Süd möchte ich auf die Versorgungslücken gerade in diesem Stadtteil hinweisen. Die Gewerbetreibenden und Dienstleistungsunternehmen konzentrieren sich zunehmend auf das Zentrum. Hiesige Anwohner sind mittlerweile schon gezwungen, eine Fahrt nach Oesede zu unternehmen, um z.B. ein Rezept einzulösen oder bei der Post ein Päckchen aufzugeben.

Dies ist für weite Bevölkerungskreise, besonders für ältere und nichtmotorisierte Menschen eine unzumutbare Verschlechterung.

Die Abseitsposition, die unser Stadtteil mittlerweile einnimmt, spiegelt sich auch in dem sehr schlechten Zustand der Sporthalle am Kruseweg sowie an dem verwahrlosten Bild des Kinderspielplatzes an der Talstraße wieder.

Die UWG fordert daher, daß eine gleichmäßige Versorgung aller Stadtteile mit den notwendigen Dienstleistungsbetrieben wiederhergestellt und auch sonstigen Benachteiligungen entgegengewirkt wird.

Borghild Albers

■ "Zwei Problembereiche" ...

Zwei Problembereiche scheinen mir besonders wichtig:

Einmal ist es das nicht ausreichende Freizeitangebot in Kloster Oesede. Obwohl Räumlichkeiten vorhanden sind, können sie nicht ausreichend genutzt werden.

Zum zweiten fordert mich die Politik zum Handeln auf, die große Betriebe überleben läßt und kleinen Betrieben die Existenzgrundlage nimmt.

Für meine Eltern z.B. bedeutet das, daß sie mehr arbeiten müssen, als sie eigentlich können, um überhaupt das notwendigste für die weitere Existenz zu erwirtschaften.

Das ist für mich keine Politik, die sich an den Grundbedürfnissen der Bürger orientiert. Vielmehr müßten Maßnahmen zur Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe auf allen politischen Ebenen unterstützt werden.

Franz Josef Lotte

■ Behutsam umgehen mit unserer Stadt

Ich bin in Oesede geboren worden und ich bin hier auf der Egge auch aufgewachsen. Und ich muß sagen, diese Stadt bot alles, was man zum Aufwachsen brauchte: Im Wald baute man Buden, an Bächen Staudämme. In den Wiesen und an Teichen fing man Molche und Kaulquappen, und im Laden nebenan besorgte man sich die nötigen Kaugummis und Lutscher.

Der Gartbrink-Wald, der "Gatte", wie wir sagen, ist geblieben, aber es hat sich auch einiges ändert: Bäche wurden begradigt und langweilig gemacht, Wiesen und Tümpel zugeschüttet und damit verschwanden ideale Jagdgründe. Auch der kleine Laden in der Nachbarschaft ist nicht mehr.

Natürlich muß auch unsere Stadt mit der Zeit gehen. Aber ich wünsche allen Kindern, daß sie hier so aufwachsen können, wie wir vor einigen Jahren. Deswegen wünsche ich mir einen behutsameren Umgang mit unserer Stadt.

Volkhard Pioreck

Hallo, Alt-Hüttner!

Warum mache ich mit bei der UWG? Ich will nicht nur meckern über Dinge, die mir nicht gefallen in den politischen Entscheidungen unserer Stadt. Ich möchte etwas tun in Richtung Verbesserung, Verwirklichung des Wählerwillens. Wie stelle ich mir das praktisch vor?

Hindenburgstraße: Seit einem Jahr ist die zweite Ausbaustufe der Hindenburgstraße fertig. Alle Anlieger haben ihre Gärten längst schon wieder schön gemacht. Die Bepflanzung der stadteigenen Grünanlage (gegenüber Post bis Jahrmann) ist immer noch nicht erfolgt. Wir fordern sofortige Bepflanzung!

Steinbruch: Was wird eigentlich aus dem Steinbruch? Wir Anlieger wollen keinen zusätzlichen Supermarkt (im Gegensatz zur oberen Findelstätte würde er sicher nicht angenommen). Die vorhandenen Geschäfte in diesem Bereich sind ausreichend. Die Fläche bietet sich als Markt- und Parkplatz an!

Brunnenstraße/Hochstraße: Hier wäre jedoch ein Geschäft immer noch dringend erforderlich, in dem alle Bedarfsgüter angeboten werden. Die vielen alten Menschen, die in diesem Bereich wohnen und nicht motorisiert sind, wünschen sich seit Jahren bessere Einkaufsmöglichkeiten.

Dreck von Klöckner: Seit dem Brand in der Filteranlage bei Klöckner vor einem Jahr werden die Emissionen "so" abgelassen. Wir fordern einen unverzüglichen Einbau neuer Filter.

Klöcknerstraße: Die Klöcknerstraße vom Hino bis Hagener Straße ist im jetzigen Zustand eine Zumutung für alle Verkehrsteilnehmer. Diese Mängel müssen endlich beseitigt werden. Beim Neubau muß auch der Radweg bis Fillerschloß fortgesetzt werden!

Kreuzung Hindenburgstr./Haseldehnen: Kreuzungsumbau und Ampel sind mit den Stimmen von CDU und SPD von Fachleuten geplant, gebaut und installiert worden. Dabei herausgekommen ist ein Windei. Die UWG forderte von Anfang an eine Erhaltung der Vorfahrtsregelung und eine Sicherung der Fuß- und Radwe-

ge. Der nächste Winter kommt bestimmt und mit ihm die Glatteisgefahren - besonders an dieser Stelle. Wir fordern eine vernünftige und schnelle Lösung, bevor Menschen zu Schaden kommen!

Wir "Alt-Hüttner" fühlen uns insgesamt stiefmütterlich behandelt. Das muß anders werden. Dafür will ich mich einsetzen.

Inge Schmedes

■ Fußgängerinseln in Holzhausen

Die UWG-Fraktion informierte sich bei einem Besuch des Polizeiabschnitts Os-nabrück-Land in Hellern über Möglichkeiten der Verkehrssicherheit und Unfallverhütung, besonders für Fußgänger und Radfahrer. Auf Wandkarten war eine Übersicht der Unfallschwerpunkte und besonderer Gefahrenstellen gegeben.

Da es für den Ortsteil Holzhausen das Problem der Durchfahrtstraße nach und von Agen gibt, interessierte mich besonders die Möglichkeit von weiteren Fußgängerampeln. Nach Auskunft der Straßenbehörde und unserer Verwaltung reicht dafür die Anzahl der kreuzenden Fußgänger nicht aus.

So erörterten wir die Anlage von Fußgängerinseln, die das Überqueren der Straße erleichtern. Da beim Polizeiabschnitt bekannt ist, daß kaum ein Autofahrer hier 50 km/h einhält, stimmte unser Gesprächspartner, Herr Eckert, solchen Verkehrsinseln voll zu: "Von mir aus 5 Stück", sagte er, weil es nach seiner Meinung die einzige Möglichkeit ist, die Autofahrer zu einer vernünftigen Fahrweise anzuregen.

EINE ist nun da. Man kann das Wohngebiet Sutfeld bzw. die Bushaltestelle an der Post "ohne große Sprünge" erreichen. Wann kommt nun eine bei der Kreissparkasse (wo es wegen der leichten Kurve bei Kreimer besonders gefährlich ist) und evtl. vor dem Kirchweg? Auch auf dem Halbmond wäre eine Fußgängerinsel sehr von Nutzen.

Angela Niemeyer

■ Spielhalle schwarz eröffnet

Als Ergebnis von Großmarktansiedlungen vor den Stadtorten haben sich viele Städte in den Innenbereichen mit der Ansiedlung von Vergnügungsstätten, Sexshops und Spielhöllen auseinanderzusetzen. Wenn der Rat das will, können diese Lokale planungsrechtlich ausgeschlossen werden.

Als 2 konkrete Fälle anstanden (Oeseder und Hindenbg.str.), war die CDU wieder uneins. Die Siepelmeyer-Riege war für, die Lunte-Gefolgschaft gegen eine Ansiedlung. Und es geschah wie bei den Supermärkten: Obwohl sich die Mehrheit aus SPD und CDU-Minderheit und UWG für eine Verhinderung der Spielhallen stark machte, kam die Siepelmeyer-Minderheit zum Zuge: Das "Sport-Spiel-Unterhaltung-Casino" wurde am 14.8. schwarz eröffnet. Es lag keine Baugenehmigung vor.

Der Planungsausschuß hatte hier zwar einer Gaststätte zugestimmt; was eröffnet wurde, war aber unzweifelhaft eine Spielhalle. Die Verwaltung nutzte aber nicht alle Möglichkeiten, den Laden zu schließen, sondern schaffte in aller Eile die Voraussetzungen für die weitere Betriebsmöglichkeit.

Es muß schon sehr verwundern, daß gerade die "CDU dieses Spiel mitmachte. Die nächste Spielhalle ist schräg gegenüber der Kirche an der Hindenburgstraße geplant ...

Heinrich Bartelt

78% gegen noch mehr Supermärkte

Ein unerwartetes Ergebnis brachte das vor kurzem vorgestellte Einzelhandelsstrukturgutachten der Stadt: 78% der befragten Gmütter Kunden sprachen sich gegen weitere Supermärkte in Hardeberg/Osterheide aus.

Mit dem ersten der angesiedelten Märkte, dem Adler-Textil-Fachmarkt, sind nur 33% der befragten Gmütter und nur 18% der befragten Kunden aus dem Umland zufrieden.

Die UWG sieht sich dadurch in ihrer seit Jahren vertretenen Linie bestärkt. Was aber werden die Supermarktbeantworter in der CDU zu diesem Bürgervotum sagen?

10

■ Zweierlei Recht in Gmützte

Es ist kaum zu glauben: Mit unverschnittensten Baurechtsmaßnahmen drängte sich Marktkauf nach Gmützte! Zunächst wurde der Elektromarkt anders gebaut als genehmigt. Der Kreis legte die Baustelle still. Dann mußte die westliche wand geringfügig zurückversetzt werden. Auch der Hobby/Gartenmarkt wurde als Schwarzbau anders als beantragt errichtet. Dieses wurde nachträglich genehmigt.

Schon während der Bauphase hatte die UWG die Verwaltung aufgefordert, die Zweckbestimmung einiger außerhalb des Gebäudes zur Oeseder Straße hin hergestellter Fundamente zu überprüfen. Die Verwaltung scherte sich nicht darum. Wenig später wurde auf diesen Fundamenten der nächste Schwarzbau: Ein überdachtes Lager errichtet.

Traurige Zustände in Gmützte: Leistet sich der kleine Mann einen kleinen Fehler, geht es ihm schlecht; verstößt der Große massiv gegen geltende Gesetze, wird er sogar noch gedeckt!

"Anzeige"

Schwarz bauen - Bauen auf Schwarz

Ständig Probleme mit Behörden? Bei jedem Zweigbetrieb, jeder Villa, jedem Schwimmbad, den Sie bauen, ewig das selbe bürokratische Theater? Vergessen Sie Ihren Ärger mit Baugenehmigungen, wir bieten Ihnen die Lösung: DIE Gmütter SCHWARZ-LÖSUNG!

Unsere Leistungsbilanz:

1. Adler-Textilmarkt schwarz eröffnet;
2. AVA-Sinus-Markt schwarz gebaut;
3. AVA-Hobby-Markt schwarz gebaut;
4. Sport- und Spiel-Casino schwarz umgebaut und schwarz eröffnet.

Sie sehen, kein Projekt ist für uns zu groß. Wir überwinden spielend Hindernisse wie z.B. Grundgesetzartikel, Baugesetze oder Ratsbeschlüsse.

Schluß mit den hinderlichen Bauanträgen - unser Erfolg gibt uns Recht!

Ihre Gmütter **SCHWARZEN**

Schwarz bauen - Bauen auf Schwarz

■ Verkehrsberuhigung Hardenberg/Kiewittsheide kommt langsam voran

Mit sehr viel Geburtswehen läuft die Verkehrsberuhigung im Bereich Oeseder Nord/Hardenberg. Nachdem vom Rat ursprünglich zugesagt worden war, nur flächendeckend, nicht auf Kosten von Parallelstraßen zu beruhigen, geschah zunächst nur an der Alten Heerstraße etwas - mit Verdrängungseffekten in die Kiewittsheide.

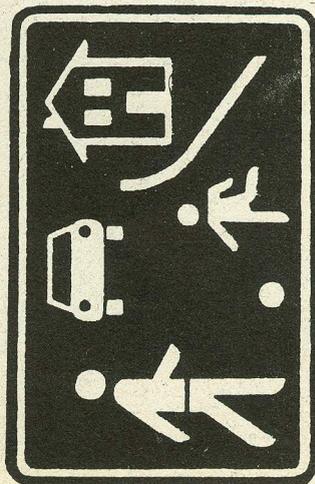
Auf zwei kürzlich durchgeführten Bürgergesprächen wurden die Maßnahmen im Grundsatz für gut befunden - mit verschiedenen Verbesserungsvorschlägen; vor allem mit der Mahnung, die Kiewittsheide nicht zu vergessen.

Zu den verschiedenen Anregungen faßte der Bauausschuß folgende Beschlüsse:

Die Einengung aus dem Heideweg wird entfernt, die übrigen Einengungen bleiben und zwischen Heideweg und Exterbrook wird eine zusätzlich eingebaut; die Radwege werden an den Kreuzungen um 10 cm angehoben; nach längeren Diskussionen wurde die UWG-Anregung aufgenommen, auch in der Kiewittsheide einige Einbuchtungen vorzusehen. Ebenfalls zwei Einengungen werden an Rot- und Weißdornstraße in Höhe des Wäldchens bzw. Radweges zum Gartmannshof eingebaut.

Die Bürgeranregung, im Viertel zwischen Tulpen- und Nordstraße Tempo 30 einzuführen, scheiterte. Es muß insbesondere verwundern, daß die SPD hiergegen war, wo sie sich doch öffentlich als Vorkämpfer für Tempo 30-Zonen erklärt hat. Auch im vergangenen Jahr waren es SPD-Stimmen im Bauausschuß, die eine stärkere Verkehrsberuhigung verhindern wollten.

Heinrich Bartelt



■ Tempo 30 - Zonen geplant

Am 20.8. schlug die Verwaltung im Bauausschuß vor, folgende Wohngebiete als Tempo 30 - Zonen einzurichten: Breslauer Weg/Kruseweg; Hakeneschfeld; Bereich Gerhard Hauptmann Straße; Wohngebiet Dröper und der Bereich am Königshof.

Bürger, die der Meinung sind, daß auch ihre Straße/Siedlung hierfür infrage kommt, sollten sich umgehend bei der Verwaltung melden (Tel. 491138).

Die UWG wies in der Sitzung darauf hin, daß auch für die Bereiche: Steinbree-de, östlich Eschweg, Schwedelortfer Straße/Hermann Löns Weg, Im Kohlsiek, Laubbrink, Höhenweg, Malbergen, Waldstraße, Karolinenhöhe und Dahlienweg Anträge auf Verkehrsberuhigung gestellt wurden. Wenn für diese Straßen die Anliegen noch aktuell sind, ist den betreffenden Bürgern zu empfehlen, sich erneut an die Verwaltung (s.o.) bzw. die Fraktionen im Rathaus zu wenden.

■ CDU/SPD: Zu wenig Interesse an Radwegen

Ein UWG-Antrag, beim Bau des Radweges am Eschweg gleich einen Weiterbau von der Gladoltenstraße bis zur Heerstraße durchzuführen, scheiterte kürzlich an den Gegenstimmen von CDU/SPD. Der Plan hätte sich auch ohne zusätzlichen Grunderwerb durch eine verkehrsberuhigende Fahrbauneinschnürung erreichen lassen. Das notwendige Geld hierfür hätte schnell bereitgestellt werden können, wäre beim Bau des (ansonsten sehr guten) (Privat-)Weges über den Gartmannshof auch ein Gesamtkosten des Eigentümers an den Gesamtkosten von 110.000 DM erfolgt.

Ebenfalls abgelehnt wurde von CDU/SPD, jetzt einen Radweg auf der Südseite des Südrings von der Fahrbahn abzumarkieren. Die Herrschaften vergaßen dabei, daß sie dem schon 1983 zugestimmt hatten ...

Auch eine seit langem von der Verwaltung erbetene Stellungnahme, ob von der Oeseder Straße ein Radweg abzunehmen ist (zwischen Kirche und Möller), liegt noch immer nicht vor.

**Verkehrsberuhigung Oesede-Mitte:
Auf jeden Fall 1987 beginnen!**

Die Oeseder Straße ist seit langem ein Ärgernis für die Besucher, die Geschäftsleute und besonders die Anlieger. Aufgrund des starken Durchfahrtsverkehrs sind Anlieger und Besucher stark gefährdet, andererseits macht das Einkaufen oft kein Vergnügen. Um dies abzustellen, entwickelten engagierte Bürger schon vor einiger Zeit ein Verkehrskonzept. Für die Ratsmehrheit war es jedoch wichtiger, erst einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für das Gebiet auszuscheiden als umgehend die Verkehrssituation zu verbessern.

Nachdem im Frühjahr 1985 die Ergebnisse vorlagen, konnte man hoffen, daß bald etwas geschieht. Dies war besonders dringend, da die Firma Adler sich in Harderberg ansiedelte und weitere Großmarktansiedlungen drohten. Dann kamen Verwaltung und Ratsmehrheit auf die "Idee", möglichst viele öffentliche Gelder für die Umgestaltung des "Zentrums" zu beschaffen. Es wurde beschlossen, das Zentrum als Sanierungsgebiet auszuweisen und einen Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm zu stellen.

Hierin liegt aber das Hindernis, das schnellen, besonders verkehrlichen Veränderungen im Wege steht. Es ist nämlich sehr fraglich, ob bereits 1987 die Aufnahme in das Programm erfolgt. Kommt die Aufnahme erst 1988 oder noch später, werden Maßnahmen, die vorher durchgeführt werden, nicht bezuschußt.

Darf durch das Warten auf öffentliche Gelder die Oeseder Straße Schaden nehmen?

NEIN!
Die UWG ist deshalb der Auffassung, daß eine Nichtbezuschussung wie an der Hindenburgstraße hingenommen werden müßte, damit an der Oeseder Straße auf jeden Fall 1987 Maßnahmen eingeleitet werden, die den Durchfahrtsverkehr auf die B51 umlenken und die Attraktivität für die Besucher steigern. Ein Rückgang des Umsatzes an der Oeseder Straße könnte der Stadt langfristig teurer kommen als die entgangenen Zuschüsse. In den

Maßnahmen für die Oeseder Straße sind die eigenen Steuergelder auch besser angelegt als in eine Rathaus-Neubau. Leider wurden noch keine konkreten Umsetzungskonzepte aus dem städtebaulichen Ideenwettbewerb und anderen Vorschlägen von der Verwaltung der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Zeit aber drängt. Im Augenblick eröffnen wieder neue Großmärkte in Harderberg. (Sie hätten bei rechtzeitigem Handeln der Ratsmehrheit verhindert werden können.) Diese bedrohen nicht nur die Nahversorgung in den anderen Stadtteilen, sondern auch die Existenz vieler Einzelhandelsgeschäfte im Oeseder Zentrum. Darum fordert die UWG: Sofortige Verabschiedung eines Verkehrskonzeptes und Umsetzung der Maßnahmen. Noch ist es nicht zu spät, das Oeseder Zentrum zu retten.

Andre Tiemeyer

Die neue Kolonie in Alt-Gmhütte

Am 1.10.1965 stellte die Zeitung "Osnabrücker Tageblatt" den **Bebauungsplan** für das Sanierungsgebiet **Alte Kolonie** vor. Heute, nach gut 20 Jahren, ein kleiner Rückblick. Es war damals die Rede von ruhigem und klarem Wohnen (ohne Staub und Schmutz), Durchgangsverkehr nur über die L 95 (die erste Verkehrsberuhigte Siedlung?), Wendeplätze, Läden und Geschäftszentrum, drei- bis achtgeschossige Bebauung, 600 neue Wohneinheiten, beispielhafte Lösung städtebaulicher Planung, usw.

Heute muß man feststellen, viele dieser Ziele (Wünsche ?) sind nicht in Erfüllung gegangen. Die nicht geräumten Sozialwohnungen der gemeinnützigen Baugesellschaften sind heutzutage schwer zu vermieten. Die Bereitschaft der Gesellschaften, die Bauten zu renovieren und modernisieren, und die Kinderfreundlichkeit verdienen nicht die Note "gut". Alles zusammengefaßt: Die Neue Heimat ist auch vor unserer Tür!
Bei der Sanierung des Ortskerns Oesede sollte man deshalb erstens realistische Pläne machen und zweitens privaten Bauträgern den Vortritt lassen.

Wolfgang Springmeier

Tschernobyl ist überall

30 Tote, Tausende an Strahlenkrankheit leidender Menschen, große Fläche unbewohnbarer und unbebaubarer Boden, Vertreibung durch Radioaktivität - das ist die russische Bilanz des Atomunfalls. Und wir? Mit dem Schrecken davon gekommen, und um die Illusion ärmer, daß uns die Atompolitik der anderen nichts angeht. Nur mit dem Schrecken davongekommen? - Die Radioaktivität geht ihren Weg: In den Boden, die Pflanzen, in die Tiere, in die Milch, in uns hinein.

Im folgenden dokumentieren wir einige regionale und überregionale Meßergebnisse (Maß: Gesamt-Bequerel-Belastung pro kg Masse). Bundes- und EG-weit besteht ein Richtwert für Milchprodukte von 370 und für sonstige Lebensmittel 600 bq/kg. Das Land Hessen rät zu einem Grenzwert von 100, die Verbraucherverberatung zu 50 und der B.U.N.D. zu 30 für Erwachsene und 7,5 bq/kg für Kinder. Er geht dabei von der Tatsache aus, daß es keine ungefährlich niedrige Belastung gibt, und daß gerade dauerhafte Niedrigstrahlungen im Körper eine besondere Gefährlichkeit entfalten.

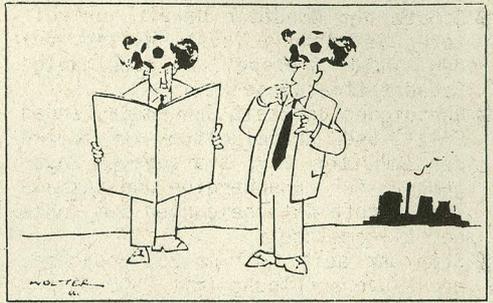
Nach gültigem Recht ist im übrigen bereits für den Umgang mit strahlenverseuchten Stoffen ab 0,37 bq/kg eine atomrechtliche Genehmigung vorgeschrieben. Räume mit einer Flächenbelastung von über 3700bq/m² müssen geschlossen werden (StrSchV v. 1976). Das hätte für einen großen Teil unserer Stadt gegolten. Nun denn ...

- 30.6. Wildkaninchen Landkreis 336 bq
- 1. getrockn. Pfefferminze, Osn. 306 bq
- 13.7. Rosmarin 222 bq
- 13.7. Freiland-Braunkappe, Osn. 493 bq
- 23.7. Johannisbeeren Gmhütte 187 bq
- 6.8. Heu, Landkreis Osn. 250 bq
- 4.8. Heidelbeeren, Düsseldorf 720 bq
- 6.8. Kondensmilch Latissa 879 bq
- 13.8. Champignon, Borgholzshn. 895 bq
- 13.8. Ei von freil. Huhn, Gmh. 19 bq
- 13.8. Hafer Gmhütte 51 bq
- 5.9. 2jähr. Rehbock, Oldenbg. 469 bq

Die heimischen Obst- und Gemüsesorten sind derzeit vergleichsweise gering belastet. Stark belastet sind viele Küchenkräuter. Gewarnt wird allgemein vor

dem Verzehr von Wildfleisch, Waldbeeren und Pilzen.

Heinrich Bartelt



„Tschernobyl — Moment, ich erinnere mich —
Tschernobyl ... ist das nicht dieser russische Stürmer? Oder Libero ...?“

Was die NOZ nicht abdrucken wollte

Im Bundes- und Landtag ist Zeit für eine aktuelle Stunde, nicht aber im Rat der Stadt Gmhütte.

DIE UWG brachte im Rat am 25.6. einen Antrag zur Strahlensituation nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl ein mit dem Ziel, daß die Kommune sich bei den betreffenden Stellen für die Fortsetzung der Kontrollen und die Information der Bürger einsetzt. Das Thema ist m. E. nach wie vor aktuell. Erst vor wenigen Tagen wurde im Landfunk auf erhöhte Belastung des Beerenobstes in einigen Gegenden hingewiesen und Kontrolle vor der Verarbeitung empfohlen. Wie sehr Informationen daneben sind, beweist ein Schild, das in den Lebensmittelgeschäften hängt. Der Milchhof versichert darauf, daß die Erzeugnisse laufend überprüft werden, obwohl das seit ca. 6 Wochen nicht mehr der Fall ist. Im Rat wurde das Thema abgewürgt, indem der Bürgermeister den Fraktionsprecher der UWG an der Erläuterung des Antrages hinderte. Seine Bemerkung: "...dann ist die 1. Halbzeit vorbei" (Fußballübertragung), löste bei der CDU Beifall und Gelächter aus. Der erregte Zwischenruf der (schwangeren) Ratsfrau Keil: "**Das** ist ja auch wichtiger!" ging darin unter. (nicht abgedruckter Leserbrief 27.6.).

Angela Niemeyer

UWG: Für Oesede aktiv!

Wofür wir uns bisher eingesetzt haben:

- Einsatz für den Verzicht auf die Verlegung der B 51, die nun vor dem Jahre 2000 wohl nicht mehr realisiert werden wird.
- Senkung der Belastungen an der B 51: Lärmschutzmaßnahmen, bessere Verkehrslenkung; Alternativenprüfung
- Kampf gegen das Baugebiet Teckelhaagen gescheitert (wegen Kungeleien des Bürgermeisters)
- Initiativen für eine zügigere und gleichmäßig flächendeckende Verkehrsberuhigung in Oesede-Nord/Kiewittsheide
- Gegen Ankauf und Abriß der Gaststätte Schmidt-Casmann durch die Stadt
- Verhinderung der Bebauung der östlichen Seite des Eschweges
- Einsatz für den Erhalt der Poststelle und der geschäftlichen und dienstleistungsmäßigen Vielfalt in Oesede-Süd
- Einsatz für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen am Breslauer Weg gescheitert
- Einsatz für gerechtere Abrechnung von Erschließungsbeiträgen
- Für eine verkehrliche Sicherung der Fußgänger und Radfahrer an der Einmündung L 95/Graf-Stauffenberg-Str.
- Einsatz gegen Spielhallen und Vergnügungsstätten
- Kungelei beim Verkauf der Möllerhofflächen an F.H. verhindert
- Einschränkung der belästigenden Abfallverbrennung um Rathaus

Wofür wir IHRE Unterstützung erbitten:

- Zügigere Durchführung der seit über 5 Jahren versprochenen Verkehrsberuhigung in Oesede-Mitte nach den Wünschen der Bürger (interessante architektonische Gestaltung; Grünbewuchs)
- Umleitung des reinen Durchfahrtsverkehrs der Oeseder Straße auf die B51
- Keine Verlegung der L 95 zur Eisenbahnstraße hin
- Unterstützung für die Renovierung des Hauses Hellmann und des Fachwerkhäuses Gildehaus
- Entlassung der an Sanierung nicht interessierten Wohnstraßen aus dem Sanierungsgebiet "Stadtzentrum"
- Für eine verkehrssichere Gestaltung der Einfahrt auf die B 51 an der Carolinenhöhe
- Für die Einleitung von Renaturierungsmaßnahmen an der Düte
- Verzicht auf eine Bebauung östlich des Eschweges in Richtung Kloster Oesede
- Zügigere Fortführung der flächendeckenden Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Bereich Oesede-Nord/Hardenberg entsprechend den Bürgerwünschen
- Bereitstellung eines Bolzplatzes im Bereich Egge/Kiewittsheide
- Bau einer Windkraftanlage auf dem Schulberg zur Einsparung von Stromkosten und zur Demonstration der Möglichkeit alternativer Stromerzeugung
- Für die Installierung einer öffentlichen Telefonzelle im Bereich Hakenesch-/Menkhausfeld
- Für eine Verbesserung und Verbilligung des Busangebotes z.B. durch Einführung eines "Umweltabonnements"
- Verzicht auf eine Verbreiterung des Forstweges als Ersatz für den Straßenring; lediglich schmaler verkehrssicherer Endausbau
- Erhaltung der Freiflächen auf Kuckmeyers Hof als Gemeinschaftsfläche für Hakenesch- und Menkhausfeld; Erhaltung auch des dort vorhandenen Baumbestandes
- Zügige Realisierung der neuen Sporthalle in Oesede-Süd
- Erhaltung aller bestehenden Schulstandorte; Abstimmung der Eltern über die Zukunft der Oeseder Grundschulsystems

Hallo Oeseder !

An den rechts abgedruckten Vorschlägen können Sie sehen, welche Ziele die UWG in den nächsten 5 Jahren in Oesede verwirklichen will.

Wir möchten Sie einladen, mit uns über diese Vorstellungen, aber auch über Ihre Kritik an uns zu sprechen.

Alle Interessierten sind eingeladen zu den BÜRGERVERSAMMLUNGEN am Mittwoch, den 10.9.1986, Gaststätte Uthmann und am Donnerstag, den 18.9.1986, Gaststätte Döll, jeweils 20,00 Uhr.

Tagesordnung:

1. Dia-Schau Kommunalpolitik 1981-1986
2. Anfragen der Bürger
3. Diskussion der UWG-Programmpunkte
4. Verschiedenes

⊗ ... mehr Rücksicht auf die Wünsche der Bürger

⊗ ... bessere Lebens- und Umweltqualität

⊗ ... für mehr Unabhängigkeit bei den Ratsentscheidungen

Ein Auge für das rechte Maß.

- deshalb am 5.10.: 3x ja für die UWG

